



Blick in die Hedwigs-Kathedrale

© Jens Kalaene (dpa)



Modell zur Umgestaltung der Sankt-Hedwigs-Kathedrale © Walter Wetzler (KNA)

26.12.2017

Kultursenator Lederer sieht Umbau der Hedwigs-Kathedrale kritisch

Denkmalschutz gegen Selbstbestimmungsrecht der Kirchen

Der Berliner Kultursenator Klaus Lederer sieht den geplanten Umbau der katholischen St.-Hedwigs-Kathedrale mit gemischten Gefühlen. Der Linken-Politiker ist oberster Denkmalschützer der Stadt - und würde lieber den aktuellen Zustand erhalten.

Bei der Entscheidung über die Genehmigung der Umbaupläne müssten neben denkmalschützerischen Aspekten auch die Belange des Erzbistums und der Kirchengemeinde berücksichtigt werden, sagte Lederer als oberster Denkmalschützer dem Evangelischen Pressedienst (epd). Es stehe der Denkmalschutz gegen das grundgesetzlich geschützte Selbstbestimmungsrecht der Kirchen.

Die Hedwigs-Kathedrale ist die Bischofskirche der Erzdiözese Berlin. Äußerlich ist die Kathedrale dem Pantheon in Rom nachempfunden. "Ich persönlich finde die Innenausgestaltung ganz hervorragend, ein tolles Kunstwerk", sagte Lederer über den Anfang der 1960er Jahre von Hans Schwippert gestalteten Innenraum. Er würde sich deshalb freuen, "wenn die Kirche es schaffen würde, ihre sakralen Bedürfnisse mit der derzeitigen Gestalt des Innenraums in Übereinstimmung zu bringen".

Baukosten in der Kritik

Sollten sich die Gremien des Erzbistums anders entscheiden, "muss ich das auch in meine Überlegungen mit einbeziehen und dabei gilt: je näher am Kultus, desto gewichtiger sind die Argumente im Sinne der Religionsfreiheit gemäß Grundgesetz Artikel 4". Er werde seine Entscheidung "strikt an Hand des geltenden Rechts fällen und nicht anhand persönlicher Vorlieben", betonte der Kultursenator.

Die 1773 geweihte St. Hedwig-Kathedrale war im Zweiten Weltkrieg bis auf die Grundmauern zerstört worden. 1952 begann der Wiederaufbau. Kernpunkt der aktuellen Umbaupläne des Erzbistums ist die Schließung der breiten Mittelstufe hin zur Unterkirche. Diese runde Treppenöffnung kritisieren viele Geistliche und Kirchenbesucher als Zerteilung der Gottesdienstgemeinde, die zudem von den Priestern auf Abstand gehalten werde. Ein gemeinsames Feiern des Gottesdienstes ist nach Überzeugung der Befürworter des Umbaus deshalb nur schwer möglich. Der Umbau ist auch im Erzbistum umstritten. In der Kritik stehen auch die hohen Baukosten. Dafür sind bislang 43 Millionen Euro vorgesehen. Laut Berliner Zeitung will das Erzbistum 20 Millionen Euro aufbringen, Kulturstatsministerin Monika Grütters hat 12 Millionen Euro in Aussicht gestellt, das Land Berlin will 8 Millionen Euro beisteuern. 10 Millionen Euro kommen von den 27 deutschen Bistümern für die "Hauptstadtkirche".